

# INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

## WEITERE ERHÖHUNG DER GRUNDERWERBSTEUER

Nur drei Jahre nach der letzten Erhöhung haben die Abgeordneten von SPD und



Grünen einen Gesetzentwurf zur weiteren Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5 Prozent im Düsseldorfer Landtag vorgelegt. Damit liegt Nordrhein-Westfalen mit Schleswig-Holstein zukünftig an der Spitze im Ländervergleich.

Bis zur Regierungsübernahme durch Rot-Grün in 2010 lag die Grunderwerbsteuer noch bei 3,5 Prozent. Damit hat sich die Grunderwerbsteuer für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün fast verdoppelt.

Das ist mit Blick auf die aktuelle Konjunktur ein weiterer Schlag ins Kontor

der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, hier insbesondere der Bauwirtschaft.

Mit Prävention haben solche Steuererhöhungen auch nichts zu tun. Wer zum Beispiel für 250.000 Euro ein Haus gekauft hat, musste bislang 12.500 Euro Grunderwerbsteuer an den Staat zahlen. Künftig fallen jetzt 16.250 Euro Steuern an, was einer Erhöhung von 30 Prozent entspricht. Das ist zutiefst unsozial und ungerecht.



Die Landesregierung kann die selbst verursachten Haushaltslöcher offenbar nur noch durch Steuererhöhungen stopfen. An Sparen denkt bei Rot-Grün niemand - und das in Zeiten höchster Steuereinnahmen.

## Themen dieser Ausgabe:

Landesentwicklungsplan verzögert sich weiter	2
Gegen Fracking in den Niederlanden	2
50 Jahre SKM	2
Grundsatzprogramm der CDU NRW	3
Tariftreue- und Vergabegesetz muss weg	3
Gebührenpflichtige Polizeieinsätze prüfen	4
Schnellerer Breitbandausbau gefordert	4
Stefan Berger im BFA Bildung	5
JU Herford bei Marcus Optendrenk	5
#ansage zur Haushaltspolitik	5
Mitgliederversammlung der CDU Tönisforst	5
Erzwungene kommunale Steuererhöhungsspirale	5
Besserer Schutz von Kindern gegen Misshandlung	6

Gerade junge Familien, die Eigentum bilden und erwerben wollen, sind damit die Leidtragenden der gescheiterten Finanzpolitik von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen.

## LANDESENTWICKLUNGSPLAN VERZÖGERT SICH WEITER

Im Juni 2013 hat die Landesregierung ihren Entwurf für eine Novelle des Landesentwicklungsplans (LEP) vorgelegt. Bis Ende Februar 2014 waren Institutionen und Bürger aufgerufen, zum Entwurf Stellung zu nehmen. Mehr als 1400 Stellungnahmen wurden im Beteiligungsverfahren abgegeben.

Die Landesregierung hatte im März 2014 angekündigt, die Stellungnahmen bis zum Herbst auszuwerten, den Entwurf entsprechend zu überarbeiten und einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen. Nun

musste die Landesregierung einräumen, dass sie immer noch mitten in der Auswertung ist. Es sei derzeit nicht möglich abzuschätzen, wann die Auswertung fertig ist. Mit einem Kabinettsbeschluss sei daher absehbar nicht zu rechnen. Die Hängepartie für Kommunen geht damit weiter.



## GEGEN FRACKING IN DEN NIEDERLANDEN

Die CDU im Kreis Viersen hält eine Schiefergasgewinnung durch Fracking im niederländischen Grenzraum für zu gefährlich:



Foto: Fotolia - © Calin Tatu

„Mit den heutigen Methoden ist nicht sichergestellt, dass unser Grundwasser keinen Schaden nimmt. Deshalb lehnen

wir die Initiative der niederländischen Regierung ab, die Nutzungsmöglichkeiten für Fracking weiter zu prüfen“, so CDU-Kreisvorsitzender Marcus Optendrenk.

Die CDU hatte diese Position als förmlichen Einspruch bereits im Sommer an die Regierung in Den Haag geschickt. Der „Rijksdienst voor Ondernemend Nederland“ hat die Viersener CDU darüber informiert, dass die Stellungnahme akzeptiert und zu den öffentlich zugänglichen Beteiligungsunterlagen genommen worden ist. Die gesammelten Widersprüche sind auf der Webseite des Büros für Energieprojekte ([www.bureau-energieprojecten.nl](http://www.bureau-energieprojecten.nl)) veröffentlicht. Bis Weihnachten soll durch die Behörden ein Bericht darüber erstellt werden, welche Grundlagen für eine Umweltverträglichkeitsstudie angenommen werden.

## 50 JAHRE SOZIALDIENST KATHOLISCHER MÄNNER

Marcus Optendrenk hat dem SKM im Kreis Viersen herzlich zum 50. Geburtstag gratuliert. Der Sozialdienst Katholischer Männer ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, aus dem Geiste christlicher Nächstenliebe all denen zu helfen, die am Rande der Gesellschaft stehen, ob durch Angebote von Betreuung, Flüchtlingsarbeit, Alten- und Seniorenarbeit oder für Minderjährige, die Schutz und Hilfe benötigen. "Das ist ein wichtiger gesellschaftli-

cher Beitrag, den wir in unserer Gesellschaft auch in Zukunft brauchen, vielleicht noch stärker als in den letzten 50 Jahren", so Optendrenk gegenüber dem SKM-Vorsitzenden Peter Vermaasen (Foto).



## GRUNDSATZPROGRAMM DER CDU NRW

Die CDU Nordrhein-Westfalen arbeitet unter Beteiligung zahlreicher Akteure weiter an ihrem Grundsatzprogramm. Der Prozess ist bewusst offen gestaltet. Dabei kann jeder mitmachen und sich aktiv in den Prozess einbringen: Ihre Ideen, Vorstellungen und Gedanken sind die Grundlage für ein modernes und zukunftsweisendes Programm.

CDU-Mitglieder können sich mit ihrer Mitgliedsnummer in CDUplus anmelden und finden unter Landesverband/Grundsatzprogramm die vorliegenden Textentwürfe. Zu jedem Kapitel des Grundsatzprogramms gibt es dort ein „CDU-Pad“, über den gemeinschaftlich Texte erstellt und bearbeitet werden können. Diese Funktion ermöglicht es jedem CDU-Mitglied, in Echtzeit am Grundsatzprogramm mitzuarbeiten. Alle Änderungen sind sofort jedem anderen CDUplus-Nutzer sichtbar.

Darüber hinaus nimmt die Landesgeschäftsstelle Anregungen, Vorschläge und Kommentare gerne auch per Mail (ferdinand.schmitz@cdu-nrw.de), telefonisch (0211-1360071), per Fax (0211-1360015) oder per Post (CDU Nordrhein-Westfalen, Ferdinand Schmitz, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf) entgegen und steht bei Fragen zur Verfügung.



Im Rahmen des Antragsverfahrens zum 37. Landesparteitag haben die Mitglieder zudem erneut die Möglichkeit, Änderungsvorschläge zum Grundsatzprogramm einzubringen.

Weitere Informationen gibt es unter <http://www.cdu-nrw.de/aufstieg-sicherheit-perspektive-das-nordrhein-westfalen-programm>

## TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ MUSS WEG

Das im Mai 2012 in Kraft getretene Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) wurde bereits im Gesetzgebungsverfahren massiv von Unternehmen, Verbänden und Kommunen als „Bürokratiemonster“ kritisiert. Selbst Wirtschaftsminister Duin musste im Januar 2014 öffentlich einräumen, dass das Gesetz dringend entschlackt werden muss. Inzwischen hat sogar der Europäische Gerichtshof das Gesetz in Teilen für europarechtswidrig erklärt.



Dennoch halten die Landesregierung und insbesondere die sie tragenden Fraktionen an diesem Gesetz fest. Bisher konnte sich die Landesregierung gerade einmal zu der Ankündigung durchringen, das Gesetz vorzeitig evaluieren zu wollen.

Dabei ist eine Evaluation für den Erkenntnisgewinn von Parlament und Regierung unnötig. In mehreren Anhörungen des Landtages sind die Folgen und Probleme des Gesetzes sowie mögliche Verbesserungsvorschläge ausführlich vorgetragen worden. So ist beispielsweise ein eigener NRW-Mindestlohn für Vergaben aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab Januar 2015 überflüssig. Auch sind die bürokratischen Nachweispflichten des Gesetzes nur in den seltensten Fällen zielführend und sollten daher in das Ermessen der kommunalen öffentlichen Auftraggeber gestellt werden.

Die für die Evaluation veranschlagten 425.000 Euro könnte man besser einsparen: Statt zu evaluieren, müsste die Landesregierung das Gesetz einfach abschaffen.

## GEBÜHRENPFLICHTIGE POLIZEIEINSÄTZE PRÜFEN

Die Einsätze der Polizei sind für die Bürger in aller Regel kostenfrei. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt in Nordrhein-Westfalen bislang nur in wenigen Einzelfällen, wie zum Beispiel bei der fehlerhaften oder missbräuchlichen Alarmierung der Polizei. In diesen Fällen muss der Verursacher jeweils eine Gebühr für den Polizeieinsatz zahlen, da er diesen selbst verschuldet hat.

Andere Bundesländer haben den Kreis gebührenpflichtiger Polizeieinsätze inzwischen deutlich ausgeweitet. In Baden-Württemberg muss beispielsweise derjenige für den Transport mit dem Polizeifahrzeug eine Gebühr entrichten, den die Polizei infolge von übermäßigem Alkoholgenuß in eine Ausnüchterungszelle verbringen muss. Auch für das wiederholte Einschreiten bei Ruhestörungen, die Verwahrung beschlagnahmter Gegenstände oder das Suchen beziehungsweise Einfangen entlaufener Haustiere muss der Verursacher aufkommen.

Für eine Gebührenerhebung in diesen Fällen spricht zum einen, dass rechts-treue Bürger dadurch nicht belastet werden. Zum anderen gibt es eine solche Regelung schon in anderen Bereichen, so bei der Feuerwehr: Die Kosten für bestimmte Einsätze, die nicht unmittelbarer der Notfallrettung dienen (beispielsweise Ölspurbeseitigung, Keller auspumpen oder das Entfernen von Insekten-Nestern etc.), können dem Verursacher in Rechnung gestellt werden.



Die CDU-Fraktion fordert daher die rot-grüne Landesregierung auf zu prüfen, in welcher Höhe sich bei der Schaffung entsprechender Gebührentatbestände auch für das Land Nordrhein-Westfalen Einnahmen erzielen ließen.

## SCHNELLERER BREITBAND AUSBAU GEFORDERT

Immer noch verfügen mehr als ein Drittel aller Haushalte in NRW über keinen schnellen Internetanschluss von wenigstens 50 Mbit/s. Dabei ist der Breitbandausbau ein echter Wachstumstreiber.



Obwohl durch eine erfolgreiche öffentliche Förderung des Breitbandausbaus enorme Wachstums-

impulse in Nordrhein-Westfalen ausgelöst werden könnten, hat es die Landesregierung bisher versäumt, stärker auf eine Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus aus europäischen Mitteln zu

drängen. So stehen dem Land bis 2020 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) inklusive Co-Finanzierungsmittel 2,4 Milliarden Euro für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Leider hat die Landesregierung in den Verhandlungen um die Partnerschaftsvereinbarung versäumt, mit der EU eine eigene Förderkategorie für den flächendeckenden Breitbandausbau zu vereinbaren.

Für den Ausbau in den ländlichen Regionen stellt die Landesregierung jährlich gerade einmal 9 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Verfügung – zu wenig, um dringend nötige Wachstumsimpulse auszulösen.



## STEFAN BERGER IM BFA BILDUNG

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat Stefan Berger in den Bundesausschuss "Bildung, Forschung und Innovation" berufen. Unter der Leitung der Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka vertritt Stefan Berger künftig die wissenschaftlichen Interessen Nordrhein Westfalens für Bildung, Forschung und Innovation. Der Bundesausschuss unterstützt die Bundespartei in fachlicher Hinsicht. Rund 50 Mitglieder sind in diesem Gremium vertreten.



Stefan Berger: "Als wissenschaftspolitischer Sprecher der nordrhein-westfälischen CDU freue ich mich auf die neue Aufgabe und besonders darauf, nun auch auf Bundesebene aktiv die inhaltliche Arbeit rund um die Wissenschaft mitgestalten zu können."

## JUNGE UNION HERFORD BEI MARCUS OPTENDRENK

Im Rahmen einer Bildungsreise hat die Junge Union Herford beim haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Station im Landtag gemacht. Bei der Diskussion ging es unter anderem um generationengerechte Politik, die Lage der Kommunalfinzen, die Notwendigkeit einer Schuldenbremse für den Landeshaushalt und aktuelle Fragen der Flüchtlingspolitik des Landes.



JU-Vorsitzender Axel Schulz (Bildmitte) bedankte sich auch für die Organisation des weiteren Programms im Landtag, zu der eine Führung durch das Gebäude, eine Diskussion zur Schulpolitik und ein Überblick über die aktuellen Fragen der Verkehrspolitik gehörten.

## #ANSAGE ZUR HAUSHALTS-POLITIK

Marcus Optendrenk erläutert in einem Video die desaströse Lage des Landeshaushalts auf der Homepage der CDU-Landtagsfraktion unter [www.cdu-nrw-fraktion.de/](http://www.cdu-nrw-fraktion.de/) unter dem Stichwort #ansage sowie unter [www.youtube.com/watch?v=gosYonbRrNU](http://www.youtube.com/watch?v=gosYonbRrNU).



## MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER CDU TÖNISVORST

Marcus Optendrenk freut sich, auf der Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen der CDU Tönisvorst als Gastredner über die aktuelle politische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen berichten zu dürfen.



Die Mitgliederversammlung findet statt am

Dienstag, den 18. November 2014  
um 19 Uhr

im Vereinsheim der DJK Teutonia,  
Rosental 10C,  
47918 Tönisvorst – St. Tönis.

## ERZWUNGENE KOMMUNALE STEUERERHÖHUNGSSPIRALE

In der Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 haben die Sachverständigen die Kritik der CDU-Fraktion untermauert: Das von Rot-Grün vorgelegte Gemeindefinanzierungsgesetz bietet keine Lösungen gegen die Steuererhöhungsspirale in den Kommunen, sondern forciert sie sogar. Denn die Hebesätze von Gewerbesteuer und Grundsteuer, die der Berechnung der Einnahmekraft der Städte und Gemeinden dienen, werden wieder einmal erhöht. Die Folge ist, dass auch die Kommunen vor Ort die Hebesätze erhöhen.

NRW ist bereits heute Hochsteuerland und hat bundesweit mit Abstand die höchsten durchschnittlichen Hebesätze bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer. Das haben alle Experten konstatiert und

Abhilfemaßnahmen eingefordert. Aber die Landesregierung ignoriert diese Kritik und setzt die Kommunen stattdessen zusätzlich unter Druck. Das ist Gift für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kommunen.



Foto: © Denis Junker

Gemeinsames Anliegen der CDU-Fraktion und der Kommunen ist es deshalb, den Trend der Steuererhöhungsspirale endlich zu stoppen

und die Kommunen wirtschaftlich für Bürger und Unternehmer wieder attraktiv zu machen. Die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

## BESSERER SCHUTZ VON KINDERN GEGEN MISSHANDLUNG

Die CDU-Landtagsfraktion wirbt im Landtag dafür, dass sich Ärzte bei Verdacht auf Kindesmisshandlung interkollegial austauschen können. Bislang ist es betroffenen Ärzten grundsätzlich nicht gestattet, sich ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten und damit möglicherweise der Täter über ihre Befunde und Verdachtsdiagnosen von Kindesmisshandlung auszutauschen. Ärzte,



Foto: © Photographee.eu

die dennoch bei Verdacht auf Kindesmisshandlung den Austausch mit anderen Ärzten suchen, machen sich damit grundsätzlich strafbar.

Um diese rechtliche Unsicherheit zu beenden, will die CDU Ärzten, die Kinder behandeln, einen Informationsaustausch ermöglichen, wie er bei allen anderen Diagnosen üblich ist. Seit eineinhalb Jahren stehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen hier auf der Bremse und haben schon zum zweiten Mal einen entsprechenden Vorstoß verweigert, der zu mehr Kinderschutz im Land führt.

Dr. Marcus Optendrenk MdL  
CDU-Kreisverband Viersen  
Goetersstraße 54  
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011  
Telefax 02162 - 18989

marcus.optendrenk@landtag.nrw.de  
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL  
CDU-Kreisverband Viersen  
Goetersstraße 54  
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011  
Telefax 02162 - 18989

stefan.berger@landtag.nrw.de  
www.stefan-berger.de